



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

25. Sitzung (öffentlich)

14. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

1 Bilanz für die Familie. Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW – Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten

6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2118
Vorlage 16/987
Vorlage 16/1288

- Prof. Dr. Holger Bonin (Zentrum für Europäische Wirtschaftsförderung) referiert
- Aussprache

2	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)	11
---	---	-----------

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Vorlage 16/1071
Vorlage 16/1284
Vorlage 16/1325

- Aussprache

Der Ausschuss stimmt über den Antrag der Fraktion der Piraten ab: Die Piratenfraktion stimmt dem Antrag zu. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stimmen gegen den Antrag, die Fraktionen von CDU und FDP enthalten sich. – Der Antrag ist abgelehnt.

Für den Einzelplan 07 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dagegen stimmen die Fraktionen von CDU und FDP. Die Piratenfraktion enthält sich. – Damit ist der Einzelplan 07 im Zuständigkeitsbereich des AFKJ angenommen.

3	Kinderschutz stärken – Interkollegialen Austausch von Kinderärzten bei Verdacht auf Kindesmisshandlungen ermöglichen	19
----------	---	-----------

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2433

Ausschussprotokoll 16/355

und:

Bericht über die Erfahrungen mit der Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/U-Untersuchungen (U-Untersuchung-TeilnahmedatenVO – UTeilnahmeDatVO)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/40
Vorlage 16/624

Zuschrift 16/399

- Aussprache

Der Ausschuss wird aufgrund des von der CDU-Fraktion formulierten Verfahrensvorschlags zum Tagesordnungspunkt das Thema erst in seiner Dezember-Sitzung abschließend behandeln.

- 4 Der Kinderwunsch darf nicht am Geld scheitern – Paare mit unerfülltem Kinderwunsch auch in NRW unterstützen!** 21

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2624

Ausschussprotokoll 16/359

- Aussprache

- 5 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen** **25**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2622

Ausschussprotokoll 16/334

- Aussprache

Nach seiner Aussprache verständigt sich der Ausschuss auf Vorschlag seiner Vorsitzenden darauf, den Antrag der Fraktion der FDP in seiner nächsten Sitzung am 5. Dezember abschließend zu beraten und abzustimmen.

6 Größere Wertschätzung der Fankultur – Fanprojekte nachhaltig fördern! 27

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3433

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3514

Der Ausschuss hat sich bereits vor Eintritt in die Tagesordnung darauf verständigt, die Behandlung des Themas unter diesem Tagesordnungspunkt zu schieben.

7 Beratung für Erziehungsberechtigte durch die Task Force 28

Bericht
der Landesregierung

- Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) berichtet
- Aussprache

8 Verschiedenes 31**a) Protokollberichtigung**

- Hinweis der Vorsitzenden

b) Nächste Ausschusssitzung

- Termin für die nächste Ausschusssitzung

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Vorlage 16/1071
Vorlage 16/1284
Vorlage 16/1325

Vorsitzende Margret Voßeler führt aus, der Landtag habe in seiner 39. Sitzung am 25. September 2013 den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3800 federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolge. – Der hiesige Ausschuss sei in erster Linie zuständig für große des Einzelplans 07. Heute stehe die abschließende Beratung mit einem Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss an. Ein Änderungsantrag der Piratenfraktion sei mit E-Mail vom 12. November übersandt worden.

Bernhard Tenhumberg (CDU) geht auf einzelne Positionen des Haushaltsplanentwurfs für den hiesigen Ausschuss ein, zunächst auf Titelgruppe 07 030. Dort seien – abgesehen vom Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung – lediglich – wie schon seit Jahren – Überrollungen vorgesehen. Neue Impulse und Ideen fehlten. Die einschlägigen Richtlinien gingen überwiegend zurück auf die Regierungszeit von Schwarz-Gelb. Wolle die Landesregierung im Bereich der Familienpolitik nur noch verwalten?

Im Zusammenhang mit der „Kinder- und Jugendhilfe“ komme er auf seine Nachfrage zum Belastungsausgleichsgesetz zurück. Er könne nicht mehr nachvollziehen, dass eine Position mit einem Ansatz von 215 Millionen € eingestellt werde, die Landesregierung aber nicht definieren könne, ob es sich um einen konsumtiven oder einen investiven Bereich handele oder welche jeweiligen Anteile dort zu finden seien.

Demgegenüber stellten die Landesregierung und die Regierungskoalition die Behauptung auf, die in Rede stehenden Mittel dienten auch dem U3-Ausbau. Diese Interpretation könne ohne eine Unterscheidung zwischen konsumtiv und investiv nicht hingenommen werden. Vielleicht könne der Wissenschaftliche Dienst des Landtags zur Klärung beitragen.

Kinder- und Jugendförderplan! Beim Besuch eines Pilotprojekts bei der AGOT in Gelsenkirchen seien massive Herausforderungen an die Jugendpolitik deutlich geworden. Wie wolle Politik dem haushalterisch begegnen? Viele Zahnrädchen und eine Struktur, so sei zu hören gewesen, seien nötig. Die bisherigen Strukturen in der Jugendpolitik seien – Stichwort „Kirche“ – teilweise weggebrochen. Der Landesgesetzgeber müsse haushalterische Anreize eröffnen, damit man in der Jugendpolitik vorankomme.

Der Antrag der Piraten vermittele praktische und kluge Haushaltspolitik, wenn man wolle, dass 100 Millionen € im Ist tatsächlich zur Verfügung stünden. Allerdings fehle im Antrag selber der Deckungsvorschlag. Die globale Minderausgabe auf 5 Millionen € zu erhöhen, bedeute mehr Makulatur. Trotz wesentlich höherer Haushaltsansätze in den letzten Jahren sei die Ist-Position von 101 Millionen € Höchststand bis 2005 auf 69,6 Millionen € zurückgefahren worden.

Wer heute auf den Anstrengungen im Kita-Bereich zwischen 2005 und 2010 „herumprügele“, solle dabei zum Beispiel das Jahr 1998 nicht ausblenden: Die Anzahl der Kräfte je Kita-Gruppe sei von zwei auf 1,5 reduziert worden. Gleichzeitig sei die Möglichkeit eingeräumt worden, die Gruppenstärken zu erhöhen. Unabhängig von der Färbung der jeweiligen Landesregierung wäre das Land ohne die Unterstützung des Bundes nicht so weit wie heute. Der Bund habe zum Beispiel die Länder und Kommunen erst dazu verpflichten müssen, einen Ü3-Rechtsanspruch einzuführen. Im U3-Bereich wäre ohne den Rechtsanspruch des Bundes in Nordrhein-Westfalen ebenfalls nichts passiert.

Familienzentren! Das Ziel von 3.000 Familienzentren werde wohl trotz positiver Wahrnehmung durch die Landesregierung immer noch nicht erreicht. Dass die Bereiche etwas stärker berücksichtigt würden, die einen höheren Bedarf hätten, halte er für in Ordnung. Sich vom Ziel „3.000“ zu verabschieden, stehe unter anderem im Widerspruch zu dem, was die Landesregierung immer wieder nach außen trage. Da die Landesregierung den Familienzentren eine wichtige Vernetzungsarbeit bescheinige, müsse stärker in die Familienzentren als gutes Instrument investiert werden. Demgegenüber bremse die Landesregierung die Entwicklung allerdings.

Seine Fraktion vermisse die nötige Qualität in der Kinder- und Jugendpolitik, Ausbauziele und Visionen sowie Zielbeschreibungen. In vielen Bereichen werde nicht nach sachlichen und fachlichen Kriterien entschieden, sondern nach ideologischen Gesichtspunkten. Wer Anträge ablehne, nur weil sie von der Opposition stammten, handele ideologisch. Er könne sich an Zeiten erinnern, in denen anders verfahren worden sei.

Ihm vermittele sich gerade in der Grünen-Fraktion der Eindruck, dass deren Vertreterinnen/Vertreter nicht mehr wüssten, was sie noch in den letzten Wahlperioden gefordert hätten. Zwar sei nicht jedes Problem haushalterisch zu lösen; trotzdem solle im Haushalt etwas mehr generiert und an Prioritäten fachlich ausgerichtet werden. Das alleine seien schon gute Gründe, den Haushalt in der vorgelegten Fassung abzulehnen.

Marcel Hafke (FDP) teilt mit, seine Fraktion werde die von der Landesregierung zur Qualitätsverbesserung vorgesehen Mittel für das Kinderbildungsgesetz mittragen. Es sei zentral wichtig, dass mehr Mittel ins Kinderbildungsgesetz fließen, um die Qualität in der Kinderbetreuung zu verbessern. Unwohlsein bereite ihm im Zusammenhang, dass die Mittel in Teilen noch nicht inhaltlich konkret unterfüttert seien. Vor der Verabschiedung des Haushalts wolle man erste Grundlagen bekommen.

Zum beitragsfreien Kindergartenjahr, das im Ausschuss häufig diskutiert worden sei, habe sich die Position seiner Fraktion nicht geändert.

40 Millionen € der Qualitätsverbesserungsmittel sollten in die Sprachförderung investiert werden. Der Haushalt enthalte aktuell 27 Millionen € für Delfin 4, die für ein ganzes Jahr eingestellt seien. Sofern im August ein neues Kinderbildungsgesetz auf den Weg gebracht würde, würden die Delfin-4-Mittel nicht für ein komplettes Jahr benötigt. Warum würden die Mittel zum 1. August nicht durch die 40 Millionen €, die bei den Qualitätsverbesserungsmitteln vorgesehen seien, ersetzt?

Der U3-Ausbau sei fortzusetzen. Bund und Land komme eine gewisse Verantwortung zu. Er erwarte, dass von der Landesregierung beziehungsweise den regierungstragenden Fraktionen zusätzlich Mittel eingestellt würden, damit die Kommunen Plätze schaffen könnten, sobald die aktuell zur Verfügung stehenden Mittel aufgebraucht seien.

Daniel Düngel (PIRATEN) unterstreicht die Intention des Antrags seiner Fraktion, dass die im Haushalt 100 Millionen € tatsächlich ausgegeben würden, und zwar für den Zweck, für den sie gedacht seien. Das sei in den letzten Jahren nicht der Fall gewesen. Im Ausschuss habe das Ministerium die Verausgabung von 96 Millionen € sogar als „Punktlandung“ qualifiziert. Schöner wäre es, wenn die im Haushaltsplan ausgewiesenen 100 Millionen € gänzlich ausgezahlt würden. Sofern der Vorschlag seiner Fraktion auf keine Mehrheit stoße, freue er sich auf Gegenvorschläge, sodass die Mittel aus dem Kinder- und Jugendförderplan tatsächlich ausgezahlt würden.

Andrea Asch (GRÜNE) resümiert aus den bisherigen Einlassungen zum vorgelegten Haushaltsplanentwurf, dass die Eltern, Familien, Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen sehr zufrieden sein könnten. Die CDU-Fraktion habe über ihren Sprecher lediglich hilflos und zum Teil fälschlicherweise herumgemäkelt. Rot-Grün sei mit seiner Arbeit sehr zufrieden. Das Haushaltsvolumen in Höhe von fast 2 Milliarden € für den in Rede stehenden Bereich habe in der Geschichte Nordrhein-Westfalens für diesen Bereich noch nie zur Verfügung gestanden. Die eingesetzten Qualitätsverbesserungsmittel für die Kindertagesbetreuung würden mit dem nächsten Reformschritt des Kinderbildungsgesetzes umgesetzt.

Die Opposition solle durchaus auch einmal lobend anerkennen, dass Nordrhein-Westfalen mit seinen Pro-Platz-Ausgaben für Kindertageseinrichtungen im Vergleich der Flächenländer bundesweit hinter Rheinland-Pfalz an zweiter Stelle liege. Diese Leistung komme den Kindern, der frühen Bildung und dem Elementarbereich unmittelbar zugute. Die Zahlen belegten mehr als alles Wortgeklingel der Opposition – vor allem der CDU-Fraktion.

Wer behaupte, die Mittel für die Familienhilfe seien nicht erhöht worden, solle sich die Haushaltszahlen der Vorjahre vergegenwärtigen. Im Haushalt 2010 hätten 23.638.600 € für die Familienhilfe zur Verfügung gestanden. Heute seien es effektiv 32 Millionen € jährlich. Angesichts dieser Zahlen sei es falsch, von einer Überrollung zu sprechen. Es gebe im Fazit eine gute finanzielle Grundlage, um die Kindertagesstätten und die Familienhilfe gut aufzustellen und auszustatten.

Dass die Opposition insgesamt keine inhaltliche Kritik habe, so **Wolfgang Jörg (SPD)**, tue gut. Eine wirkliche Kritik am Kurs der Landesregierung und dem von Rot-Grün habe er – abgesehen von einer Mäkelei an einzelnen Stellen – nicht vernommen. Einiges von dem, was die CDU-Opposition vorgebracht habe, dürfe allerdings nicht unwidersprochen bleiben: Die Anforderung, dass Rot-Grün Fehler durchaus eingestehen können solle, müsse belastbar sein. Zwischen 2000 und 2005 habe man mit der Umwandlung von Ü3- in U3-Plätze begonnen. Die CDU habe seinerzeit massiv gegen diese Umwandlung votiert. Auch gegen den Ausbau des Ganztags habe sich die CDU-Fraktion ausgesprochen. Von „Rabenmütterpolitik“ sei die Rede gewesen. Dass die Bundesebene das Land Nordrhein-Westfalen erst habe auffordern müssen, treffe zwar zu; allerdings sei die Dynamik bei der CDU durchaus recht übersichtlich ausgefallen. Mit dem U3-Ausbau ging es erst nach 2010 richtig los.

Er empfinde es als geradezu perfide, dass sich die CDU vor Ort – zum Beispiel in den Familienzentren – zwar erkundige und zusage, sich auf Landesebene einzusetzen, während sie demgegenüber bei sämtlichen Haushaltsplanberatungen seit 2010 jeden einzelnen Antrag, der in diese Richtung etwas hätte bewirken können, abgelehnt habe. Die Aussage, Fehler korrigieren zu wollen, sei vor diesem Hintergrund nichts als hohles Gewäsch. Das sei keine Strategie. Die Opposition werde scheitern.

Die Regierung und die sie tragende rot-grüne Koalition hätten viele der Ziele erreicht, die die Opposition ihr noch abgesprochen habe. In eine höhere Geburtenrate und bessere Erwerbsquote von Frauen müsse mit Blick auf die Zukunft investiert werden. Vor allen Dingen in die Infrastruktur werde investiert. Das, was Rot-Grün im Bereich der Familienbildung geleistet habe, könne sich sehen lassen.

Die Landesregierung sei insgesamt auf dem richtigen Weg, Investitionen in den besagten Bereich als Zukunftsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen zu verstehen. Er lade die CDU-Fraktion ein, im Rahmen der Abstimmung nach der plenaren Befassung ihre Fehler per Abstimmungsverhalten zu korrigieren. Mit dem Haushalt für das nächste Jahr sei Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt.

Das, was der Abgeordnete Hafke von Seiten der FDP mit Blick auf die zusätzlich in die Qualität investierten Mittel angekündigt habe, finde er, Jörg, sehr gut. Das bedeute in der Tat eine Korrektur. Er freue sich auf eine konstruktive Beratung im Sinne einer Qualitätsverbesserung in den Kitas.

Dagmar Hanses (GRÜNE) qualifiziert die Einlassungen der CDU-Fraktion zum Kinder- und Jugendförderplan als Geschichtsverdrehung. Sicherlich sei es falsch gewesen, dass Rot-Grün Ende der 1990-er Jahren Kürzungen vorgenommen habe. Die Fehlentwicklung habe sich unter Schwarz-Gelb aber sogar noch verschärft. Diese Fehler habe Rot-Grün 2010 korrigiert. Seit 2010 stünden für den Bereich der Jugendarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen verlässlich 100 Millionen € zur Verfügung. Bisher ließen die Oppositionsfraktionen ein klares positives Bekenntnis zur Jugendpolitik vermissen. Rot-Grün habe mit dem Kinder- und Jugendförderplan ein klares Bekenntnis abgegeben. Haushalterhöhungsanträge seien ihr von Seiten der CDU-Opposition nicht bekannt.

Zum Piratenantrag! Vereine, Träger und Verbände beschwerten sich nicht darüber, dass es nicht genügend Mittel gebe, sondern problematisch sei die Systematik des Förderplans im Rahmen des Haushalts gewesen. Mit dem Beschluss des Haushalts zum jetzigen Zeitpunkt hätten die Verbände, Träger etc. die nötige Planungssicherheit. Die erforderlichen Mittel stünden zur Verfügung. Das sei ein Riesenerfolg.

Eigenanteile der freien Träger seien ebenfalls problematisch gewesen. Es gebe die Vereinbarung, diese Eigenanteile senken zu wollen. Bei der Unterstützung und Hilfe durch die beiden Landesjugendämter habe es einen Schub nach vorne gegeben. Durch ein Mehr bei den Verpflichtungsermächtigungen sei die überjährige Förderung forciert worden. Jetzt könnten Projekte nachhaltiger umgesetzt werden. Kinder- und Jugendarbeit sei nicht nur eine Landesaufgabe. Beteiligt seien alle, auch die Träger und der Bund. Das Land sei lediglich einer von mehreren Akteuren.

Stefan Zimkeit (SPD) geht davon aus, dass die CDU-Fraktion ihre Änderungsvorschläge zum Haushalt inklusive Deckungsvorschlägen noch nachreichen werde.

Bernhard Tenhumberg (CDU) erwidert, soweit es um den zuletzt genannten Aspekt gehe, könne sich der Abgeordnete Zimkeit sicher sein. – In der Zielbeschreibung sehe er keine so großen Unterschiede zwischen ihm und dem Abgeordneten Jörg, zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten. Soweit es um die Grünen-Fraktion gehe, vermittele sich das anders: Sowohl die Enquetekommission betreffend Chancen für Kinder als auch die zum Thema Kriminalprävention hätten dokumentiert, dass die Jugendpolitiker an einem Strang zögen.

Andere Auffassungen bestünden zur Abwicklung des Haushalts. Nach Auffassung seiner Fraktion sei das Land 2014 eben nicht gut aufgestellt. Den Handlungsempfehlungen der Enquetekommissionen werde nicht genügt. Über das, was darüber hinaus erforderlich sei, müsse noch diskutiert werden. Mit jemandem, der – wie die Grünen – laufend falsche Zahlen vorgebe, lasse sich allerdings keine reale Politik machen. Es bedeute keine Voraussetzung, wenn die Faktenlage ausgeblendet werde und bewusst falsche Zahlen in den Raum gestellt würden.

In der Tat – gestehe er selbstkritisch ein – sei die Nicht-Erhöhung des Landesjugendförderplans von 80 Millionen € auf 86 Millionen € aus jugend- und fachpolitischer Sicht ein Fehler gewesen. Er hoffe, dass es nicht zu lange dauere, bis die Koalition gemachte Fehler eingestehe. Es stimme nicht, dass Nordrhein-Westfalen jugendpoli-

tisch im Mittelfeld platziert sei. Im U3-Ausbau sei Nordrhein-Westfalen nämlich nach wie vor Schlusslicht. Das habe unlängst noch das Statistische Bundesamt schriftlich verlauten lassen: Zum 1. März 2013 seien danach in Nordrhein-Westfalen 87.185 Plätze vorhanden gewesen. Noch kurz zuvor habe Ministerin Schäfer aber von 117.000 Plätzen gesprochen. Er bitte um eine Stellungnahme des Ministeriums zu den Zahlen des Ministeriums und des Statistischen Bundesamtes.

Daniel Düngel (PIRATEN) vermag den Wortbeitrag der Abgeordneten Hanes so weit zuzustimmen. Aber nichts von dem führe letztendlich dazu, dass die 100 Millionen € komplett ausgeschüttet würden. Es wäre nicht überraschend, wenn der vorgelegte Entwurf verabschiedet und der Änderungsantrag seiner Fraktion abgelehnt werde. Deswegen sei die Forderung nach Änderungsanträgen von Seiten der CDU-Fraktion sowieso „etwas affig“, weil sie sowieso weggebügelt würden. An der Stelle werde eine völlige Scheindebatte geführt. Ob die 100 Millionen € wirklich komplett ausgeschüttet würden, werde anhand der im nächsten Jahr vorliegenden Zahlen ablesbar sein.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) geht auf die Wortmeldungen ein: Für das Kapitel „Familienpolitische Leistungen“ hätten 2010 191 Millionen € zur Verfügung gestanden. 2014 seien es 202 Millionen €. Im Kapitel „Kinder und Jugend“ sei der Ansatz von 1,48 Milliarden € auf 2,4 Milliarden € gestiegen. „Mehr Luft nach oben“ wünschten sich alle. Die CDU solle ihre Kontakte in Richtung Berlin bemühen. Immerhin habe eben Prof. Bonin dargelegt, wo sich tatsächlich die Rendite der großen Anstrengungen von Kommunen und Ländern niederschlage, nämlich bei den Sozialversicherungen und durch vermehrte Steuereinnahmen, über die der Bund mitverfüge und sie in stärkerem Maße als bisher an die Länder ausschütten könne. Sowohl auf das Land als auch die Kommunen kämen noch erhebliche U3-Herausforderungen zu. Diese könnten ohne die Unterstützung des Bundes nicht bewältigt werden.

Auf die Anträge der Oppositionsfraktionen zum Kinder- und Jugendförderplan sei sie ebenfalls gespannt. Noch 2012 habe die Opposition die Förderprogramme mit einer Kürzung von insgesamt 580 Millionen € befrachten wollen.

Zum Piratenantrag! Eine globale Minderausgabe dürfe laut Gesetzgeber nur in einer bestimmten Höhe erfolgen. Die Grenze liege bei 2 % bezogen auf den Gesamtbereich. Dieses Limit sei erreicht. Andere Deckungsvorschläge müssten her.

Beim Belastungsausgleich helfe ein Blick ins Gesetz. Dort würde genau zwischen konsumtiven und investiven Mitteln differenziert. Die aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel unterlägen der kommunalen Selbstverwaltung. Dass Rot-Grün so handle, sei Ergebnis eines Verfassungsgerichtsurteils im Anschluss an die Zeit der schwarz-gelben Verantwortung. Die Kommunen hätten seinerzeit erfolgreich gegen die Nicht-Durchleitung der Mittel geklagt.

Der Rechtsanspruch als Maß aller Dinge müsse erfüllt werden. In diesem Zusammenhang spielten Statistiken, die auf Vorjahre abstellten, keine Rolle mehr. Nordrhein-Westfalen bewege sich mit seiner ersten Ausbaustufe auf genau der Ziellinie, die mit dem Bund verabredet worden sei. Ein Beleg für die gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen sei, dass die viel zitierte Klagewelle ausgeblieben sei.

Familienzentren! Im Prinzip sei die „Zielzahl 3.000“ erreicht worden. Eine Deckelung nach oben gebe es aber nicht. Das Land fahre sukzessive fort. Mit einer ersten Maßnahme habe Rot-Grün die Mittel für Familienzentren aufgestockt – insbesondere in Quartieren mit besonderen Schwierigkeiten. Die vom Abgeordneten Hafke apostrophierten Mittel sollten tatsächlich in Qualität fließen, vor allem in Personal in Kindertageseinrichtungen. Das werde im Übrigen im Referentenentwurf, der auf das Parlament zukomme, deutlich.

Auf Wunsch der Koalitionsfraktionen werde Sprachförderung nicht erst mit Delfin 4, sondern schon früher beginnen, nämlich beim Eintritt des Kindes in die Kindertageseinrichtung. Entsprechende Mittel müssten zur Verfügung stehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Marcel Hafke (FDP) möchte wissen, welche weitere Vorgehensweise unter Berücksichtigung von Delfin 4 vorgesehen sei. Bleibe Delfin 4 bestehen?

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) erwidert, darüber werde es noch eine Debatte geben. Die Delfin-4-Mittel blieben zusätzlich zu den Qualitätsverbesserungsmitteln.

Bernhard Tenhumberg (CDU) unterstützt die Sichtweise, dass Eltern – wenn sie einen Platz für ihre Kinder haben wollten – diesen Platz bekommen müssten. Entscheidend seien die Belange des jeweils Betroffenen, nicht aber Quoten. Er bitte das Ministerium darum, hausintern abzugleichen, weshalb es die Differenz zwischen den Zahlen des Statistischen Bundesamtes einerseits und den Verlautbarungen der Ministerin andererseits gebe. Für eine kurzfristige Antwort wäre er dankbar. Dann könne man sich für die Haushaltsberatungen entsprechend einstellen.

MDgt Manfred Wallhorn (MFKJKS) erinnert daran, dass sich die Zahlen auf das letzte Kindergartenjahr bezögen. Die in Rede stehenden Zahlen seien bereits im August veröffentlicht worden. Die Landestatistik weise die Plätze aus, die zum Beginn des Kindergartenjahres besetzt werden könnten. Die Kinder- und Jugendhilfestatistik enthalte Zahlen der Kinder, die am 1. März noch nicht ihren dritten Geburtstag begangen hätten. Ein Kind, das im August im Alter von zweieinhalb Jahren in eine Kita aufgenommen werde, im Februar drei Jahre alt werde, werde vom Statistischen Bundesamt nicht mehr mitgezählt. In der KJH-Statistik gebe es mehr über-dreijährige Kinder als in den Zahlen des Ministeriums zum Beginn eines Kindergartenjahres. Würde man das anpassen, wäre die Konsequenz, dass für die Kinder, die vor dem 1. März drei würden, an die Träger weniger gezahlt werde.

Andrea Asch (GRÜNE) empfindet es als peinlich, dass die CDU-Fraktion zwar die Stichtagsregelung ins Gesetz geschrieben habe, jetzt aber nicht mehr ableiten könne, woher die unterschiedliche Zählweise rühre.

Der Ausschuss stimmt über den Antrag der Fraktion der Piraten ab: Die Piratenfraktion stimmt dem Antrag zu. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stimmen gegen den Antrag, die Fraktionen von CDU und FDP enthalten sich. – Der Antrag ist abgelehnt.

Für den Einzelplan 07 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dagegen stimmen die Fraktionen von CDU und FDP. Die Piratenfraktion enthält sich. – Damit ist der Einzelplan 07 im Zuständigkeitsbereich des AFKJ angenommen.